

# Politiker wollen Gericht untersuchen

Der Bericht über Spesenritter, Sexismus, Mobbing und Tricks bei Überstunden am Bundesstrafgericht in Bellinzona schreckt Politiker auf – sie kündigen Untersuchungen an.

Henry Habegger

BERN. «Ich werde gefragt, ob es wirklich so schlimm ist, wie im Artikel steht. Ich antworte: Schlimmer!» So reagierte gestern ein Parlamentarier, der über Insiderwissen verfügt, zum Artikel in dieser Zeitung über die Zustände am Bundesstrafgericht in Bellinzona.

Darin war die Rede von Spesenrittern, Sexismus, Mobbing, Tricks bei Überstunden und anderem mehr am Bundesstrafgericht. Von Krach und Chaos an einem der wichtigsten Schweizer Gerichte. Richtern, die sich gegenseitig decken und Politikern, die nicht durchgreifen wollen oder können.

## Politik in Bern kündigt Aufklärung an

Jetzt aber scheint Bewegung in die Sache zu kommen. Manchen Politikern, die nicht in der zuständigen Gerichtskommission (GK) sitzen, waren die Probleme in Bellinzona nicht oder nur am Rande bekannt. So eine ist SP-Nationalrätin Claudia Friedl (SG). «Das ist ein Fall für die Geschäftsprüfungskommission», stellt sie fest. Lorenz Hess (BDP, BE), Mitglied der Gerichtskommission, sagt: «Gewisse Vorgänge und Abläufe wurden öfters in der Gerichtskommission thematisiert. Ich gehe davon aus, dass in der neuen Legislatur genauer hingeschaut wird.»

Sibel Arslan, Grüne aus Basel und ebenfalls GK-Mitglied, hält fest: «Im Artikel ist die Situation sehr gut beschrieben, was ein offenes Geheimnis ist. Die Stimmung in Bellinzona ist toxisch.» Sie regt an, eine Subkommission einzusetzen oder die GPK damit zu beauftragen. «Die Schweizer legen zu Recht grösste Bedeutung auf ihren Rechtsstaat und die Institutionen. Es ist an uns Politikerinnen und Politikern, dafür zu sorgen, dass die Institutionen nicht noch mehr beschädigt werden.»

Die SVP stellt sieben der 20 Bundesstrafrichter. Je vier gehören der FDP, der CVP und



Am Bundesstrafgericht sollen gravierende Missstände herrschen. BILD KEY

**«Ich gehe davon aus, dass in der neuen Legislatur genauer hingeschaut wird.»**

Lorenz Hess  
Nationalrat (BDP/BE)

der SP an. Zwei Richter sind Grüne, wobei einer beurlaubt ist.

Als Problem gilt auch, dass die Gerichtsleitung aus zwei Deutschschweizer SVP-Richtern besteht. Präsident ist Stephan Blättler, Sylvia Frei ist Vize. Die beiden sollen nach dem Willen des Gerichts jetzt ihre Funktionen tauschen.

Die Wahl durch die Bundesversammlung findet heute statt. SVP, FDP und die Mitte-Fraktion sind einverstanden, mangels Alter-

native, heisst es. SP, Grüne und GLP wollen das SVP-Duo dagegen nicht wählen, sind aber in der Minderheit. Wahrscheinlich ist, dass die Richter mit einem schlechten Resultat abgestraft werden und danach Untersuchungen folgen.

Selbst SVP-Nationalrat Pirmin Schwander, dem als Mitglied der Gerichtskommission beste Drähte nach Bellinzona attestiert werden, sieht Probleme – auch wenn er nicht alle Einschätzungen teilt. Es bestehe dringend Handlungsbedarf, sagt er, nicht nur in Bellinzona: «Alle Gerichte, auch die kantonalen, sind Blackboxen. Wenn man Fragen stellt, hört man sofort den Vorwurf, man greife die Unabhängigkeit der Justiz an. Dann traut sich keiner mehr, genauer hinzuschauen.»

## Caroni will «wissen, was Sache ist»

Sofort reagiert hat gestern FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR). «Als neuer Präsident der Gerichtskommission wird es mir ein Anliegen sein, vor der nächsten Gesamterneuerungswahl zu wissen, was Sache ist», sagt er. «Ich könnte mir vorstellen, dass die Gerichtskommission die Geschäftsprüfungskommission um Abklärung bitten wird.» In Caronis Aussage schwingt die Drohung mit, Richter nicht wieder zu wählen. Denn bei den Gesamterneuerungswahlen in zwei Jahren stehen alle Richter zur Wiederwahl. Bis dahin will Caroni also Klarheit.

Auch Sibel Arslan fordert seit Längerem, bei Richterwahlen strengere Massstäbe anzusetzen. «Wir müssen bei Richterwahlen in Zukunft viel mehr auf die Kompetenzen der Kandidierenden schauen. Der Verteilschlüssel nach Parteien darf nicht das wichtigste oder sogar einzige Kriterium sein.»

Gefordert ist in den Augen von Parlamentariern aber auch das Bundesgericht, welches die Aufsicht über Bellinzona hat. Präsident Ueli Meyer (SP) hat dem Vernehmen nach bereits einige Male in Bellinzona interveniert.

## Pflege-Initiative: Nationalrat kommt Initianten entgegen

BERN. Mit einer Ausbildungsinitiative und mehr Verantwortung für Pflegende will der Nationalrat den Pflegeberuf stärken. Er lehnt zwar die Pflegeinitiative ab, kommt aber beim indirekten Gegenvorschlag den Initianten in einem zentralen Punkt entgegen.

Der Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer fordert mit der Pflegeinitiative mehr Pflegepersonal und eine Stärkung der Pflege. Der Nationalrat empfiehlt sie mit 107 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Ablehnung. Die Ja-Stimmen kamen von SP und Grünen, aber auch aus der FDP und der Mitte-Fraktion von CVP, BDP und EVP. Mit 124 zu 68 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen hat der Nationalrat gestern hingegen den indirekten Gegenvorschlag seiner Gesundheitskommission (SGK). Dieser kommt in einem zentralen Punkt, nämlich der Möglichkeit für Pflegende, Leistungen direkt mit den Kassen abzurechnen, den Initianten entgegen.

## SP, Grüne und GLP siegen

Die Kommission hätte das direkte Abrechnen zwar ebenfalls zulassen wollen. Voraussetzungen wären aber gewesen, dass der Bundesrat die Leistungen festlegt und eine Vereinbarung der Leistungserbringer mit den Krankenkassen vorliegt. SP, Grüne und GLP wollten diese Vereinbarung nicht im Gesetz haben und obsiegten. Pflegefachleute sollten vom Bundesrat bezeichnete Leistungen direkt mit den Kassen abrechnen können, fanden sie. Barbara Gysi (SP/SG) sagte dazu, es brauche zwingend eine Aufwertung des Berufes und mehr Eigenverantwortung. (sda)

# Zwei Schaffhauser werden Kommissionspräsidenten

Die beiden Schaffhauser Ständeräte Hannes Germann und Thomas Minder übernehmen je ein Kommissionspräsidium. SVP-Nationalrat Thomas Hurter bleibt Mitglied der Verkehrskommission, und Martina Munz, SP-Nationalrätin, wirkt neu in der Umweltkommission.

Reto Zanettin

BERN. Das frisch gewählte Parlament hat sich organisiert, die Kommissionen wurden neu besetzt. Aus Schaffhauser Sicht präsentiert sich folgendes Bild: Hannes Germann wird Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK), und Thomas Minder übernimmt das Präsidium der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) der kleinen Kammer. «Als Präsident der WBK sehe ich die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation als eines der wichtigsten Geschäfte der kommenden Zeit», sagt Germann. Es gehe um Gelder, die der Bund für Wissenschaft, Bildung und Innovation freimache. Der parteilose Ständerat Thomas Minder war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

In der Schwesterkommission, der SiK des Nationalrates, wird Thomas Hurter von der SVP weiterhin mitwirken. Für ihn ist klar: «In der Sicherheitspolitischen Kommission werden wiederkehrende Themen auch weiterhin aktuell bleiben: die Armee, die Polizei, das Grenzschutzkorps zum Beispiel.» Bisweilen werde man mit ausländischen Behörden und Organisationen – etwa den Polizeien – zusammenarbeiten.

Hurter fehlte nur wenig zum Präsidenten der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF). «Die Partei hätte mich als Präsidenten der Verkehrskommission vorgeschlagen.» Nach den Sitzverlusten der SVP bei den eidgenössischen Wahlen habe die Partei den Präsidiumsanspruch jedoch eingebüsst. Dennoch führt Hurter aus, welche Themen die Kommission in nächster Zeit be-

schäftigen werden: «Ein bedeutendes Geschäft wird die Hochrheinstrecke zwischen Schaffhausen und Basel sein. Diese Verbindung ist für unseren Kanton wichtig, weil Basel ein Zentrum der Pharmabranche sowie für Innovation und Bildung ist.»

Auf der Agenda stünden ebenfalls die Neat-Anschlüsse in Richtung Karlsruhe sowie im Süden in Richtung Italien. Beide Projekte seien ins Stocken geraten. Die Schweiz habe zwar millionenschwere Vorleistungen erbracht, doch die Regierungen in Berlin und Rom würden dem Geschäft nur eine geringe Priorität beimessen, erklärt Hurter eine der Herausforderungen für die KVF.

Einen Platz in ihrer Wunschkommission bekam Martina Munz. Die SP-Nationalrätin wird Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

(Urek). «Ich freue mich, dass ich aktiv bei der Energiewende und bei Raumplanungs- und Umweltfragen mitgestalten darf», sagt sie. In der Tat haben die Konjunktur umweltpolitischer Themen wie auch der Erfolg der Grünen in den Wahlen der Urek mehr Bedeutung verschafft. Elf der 25 Kommissionsmitglieder gehören den Grünen, den Grünliberalen oder der SP an. Präsident der Urek wird der Grüne Bastien Girod aus dem Kanton Zürich. Munz zeigt sich zuversichtlich, was diese Zusammensetzung betrifft: «Die Kommission wird mehr Gestaltungsfreiheit haben, um zukunftsfähigere Lösungen zu erarbeiten.»

Die Relevanz der Kommissionsarbeit schätzen auch Germann und Hurter als hoch ein. «In den Kommissionen wird um Inhalte gefeilscht und richtungsweisende Arbeit geleistet. Kernige Diskussio-

nen finden nur in den Kommissionen statt», erklärt Nationalrat Hurter. Und Ständerat Germann sagt: «Gerade im Ständerat zeigt es sich immer wieder, dass Kommissionsbeschlüsse nur schwer zu kippen sind. Darum ist es wichtig, in den Kommissionen präsent zu sein.» Dennoch zog sich der 63-Jährige aus zwei Kommissionen zurück. Zum einen verliess er die Finanzkommission, deren Präsident er zuletzt war. Zum anderen räumte Germann seinen Platz in der Aussenpolitischen Kommission. «Wir wollten innerhalb der SVP-Gruppe des Ständerates die Verantwortung und den Einfluss möglichst gleichmässig verteilen. Darum mein Rücktritt», begründet Germann den Entscheid. Ausserdem wolle er sich auf die Arbeit in der WBK sowie in der Gesundheits- und der Wirtschaftskommission konzentrieren.

Anzeige

### Mein Tipp:



Lena Heller, Verkaufberaterin bei Iseli + Albrecht AG

- Trocken lagern
- Von Zeit zu Zeit den unbeschichteten Rand von Topf und Deckel mit Öl einreiben
- Bei Glaskeramik- oder Induktionsherd immer heben, nie ziehen, damit der Herd nicht verkratzt
- Bräter nur mit heissem Wasser abspülen, kein Spülmittel verwenden, da sonst Patina sich entfernt
- Den Bräter draussen stehen lassen, damit dieser ganz austrocknen kann



## Produkt: Le Creuset Gusseisenbräter rund ofenrot 26 cm

Gusseisernes Geschirr von Le Creuset ist besonders energiesparend, da sich die Wärme optimal vom Boden bis in die Wände verteilt und lange gespeichert wird. Der Bräter ist optimal geeignet für Fleisch- und Gemüsegerichte (z.B. Rouladen, Ragouts). Ein Schmorbraten gelingt darin ebenso leicht wie ein herzhafter Eintopf. Ausserdem ist er für alle Herdarten tauglich, inkl. Induktion.

### Servicetelefon



ISELI+ALBRECHT AG  
Münstergasse 22  
8200 Schaffhausen

Telefon 052 632 44 33  
Fax 052 632 44 34  
sh-elektro@iseli-albrecht.ch  
www.iseli-albrecht.ch



Iseli + Albrecht AG  
seit 1982